

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.:

4844

17.4.67 (RS/HA)

Dokumentenbeispiels

16

VO betr. Bestimmung des Begriffs
"Inde" in den bes. Ostgütern

Symbolschutz G in den angeführten
Ostgütern

126

$$\overline{f} \parallel a$$

Vorzulegen Herrn:

[illegible]

EAP 99/447

Der Reichsführer-~~44~~und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern**S II A 2 Nr. 87^{II}/42-176-**Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und
Datum anzugeben.Berlin SW 11, den 29. Januar 19 42
Prinz-Albrecht-Str. 8
Fernsprecher 12 00 40**Schnellbrief**Reichsministerium für die
besetzten Ostgebiete
Abt I - Tgb. Nr. *1128*
Eingeg. - 3. FEB. 1942
Anl.A b s c h r i f t .Betrifft: Braune Mappe für die Reichskommissariate Ost-
land und Ukraine .Vorgang: Hiesiges Schreiben vom 10.1.42-S II A 2 Nr.
295VIII/41.-----
Im Nachgang zu Ziffer 10 meines Schreiben vom 10.
1.1942 übersende ich die von mir für erforderlich ge-
haltene Fassung der Richtlinien über die Behandlung der
Judenfrage mit der Bitte um weitere Verankerung.
An den Herrn Reichsminister für die besetzten Ostgebiete in
Berlin.AbschriftHerrn Dr. W e t z e l
im Reichsministerium für die
besetzten OstgebieteBerlin

Rauchstrasse 17

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

beglaubigt:

Keller

Kanzleiangestellte

Schn



Wann bestimmt von hier abwärts 1941

Richtlinien

über die Behandlung der Judenfrage.

1. Allgemeines.

Alle Massnahmen zur Judenfrage in den besetzten Ostgebieten sind unter dem Gesichtspunkt zu treffen, dass die Judenfrage für ganz Europa generell gelöst werden muss. Dabei sind in den besetzten Ostgebieten derartige Massnahmen, die der endgültigen Lösung der Judenfrage und damit der Ausscheidung des Judentums dienen, in keiner Weise zu behindern. Gerade in den besetzten Ostgebieten ist eine recht baldige Lösung der Judenfrage anzustreben. Voraussetzung ist, dass die betreffenden Massnahmen von Seiten der zuständigen Stellen veranlasst werden. Ein etwaiges Vorgehen der örtlichen Zivilbevölkerung gegen die Juden ist jedoch dann nicht zu hindern, wenn sich dies mit dem Gebot der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Rücken der kämpfenden Truppe vereinbaren lässt.

2. Bevölkerungsstand.

Das Judentum stellt in den einzelnen Reichskommissariaten und innerhalb dieser in den Generalkommissariaten einen sehr verschiedenen starken Anteil an der Gesamtbevölkerung. Zum Beispiel leben in Weissruthenien und der Ukraine Millionen von Juden, die hier seit Generationen ansässig sind. In den zentralen Gebieten der UdSSR. dagegen sind die Juden zumweitaus grösseren Teil erst in der bolschewistischen Zeit zugezogen. Eine besondere Gruppe stellen die im Gefolge der Roten Armee 1939 und 1940 nach Ostpolen, der Westukraine, West-Weissruthenien, den baltischen Ländern, Bessarabien und Buchenland eingedrungenen Sowjetjuden dar. Zu diesen Juden treten nunmehr noch die deutschen Juden, die aus dem Reich in die besetzten Ostgebiete transportiert werden und mit der Verlegung ihres gewöhnlichen

-2-

Aufenthalts in die besetzten Ostgebiete gemäss § 2 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 - RG Bl.I S.722 - die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren.

Die noch vorhandene jüdische Bevölkerung ist durch Einführung der Meldepflicht zu erfassen. Alle Juden sind durch sichtbare Abzeichen (gelber Judenstern) zu kennzeichnen.

3. Absonderung aus der übrigen Bevölkerung.

Solange Massnahmen, die der Ausscheidung des Judentums dienen, noch nicht vorgenommen sind, sind die vorhandenen Juden streng von der übrigen Bevölkerung abzusondern. Dabei ist zu beachten, dass die Juden in der Sowjetunion, und zwar besonders in den Kerngebieten der Sowjetunion, seit der bolschewistischen Revolution es häufig versucht haben, sich zu tarnen. Zahlreiche Juden haben ihr mosaisches Bekenntnis aufgegeben und russische Familien-, Vor- und Vatersnamen angenommen. Es ist anzuordnen, dass alle zu Lebzeiten des Meldepflichtigen oder, soweit ihm bekannt, bei seinen Vorfahren erfolgten Namensänderungen von Juden zu melden und rückgängig zu machen sind. Das gleiche gilt für frühere Austritte aus der jüdischen Religionsgemeinschaft und Übertritte (häufig mehrfache) zu anderen Bekenntnissen. Jüdische Tarnungsversuche werden in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine, wo der grössere Teil der Juden seit Generationen ansässig ist, leichter zu verhindern sein, als in den anderen Reichskommissariaten. Sowjetisches Archivmaterial ist, soweit erhalten, heranzuziehen. Auch dürfte es zweckmässig sein, nach alten russischen Pässen zu forschen, da in den Pässen gewöhnlich ein Konfessionswechsel vermerkt war.

Die Freizügigkeit ist für alle Juden sofort aufzuheben. Eine Überführung in Ghettos ist durchzuführen, die in Weissruthenien und in der Ukraine durch das Vorhandensein zahlreicher mehr oder weniger geschlossener jüdischer Niederlassungen erleichtert wird. Diesen Ghettos kann unter Aufsicht eine jüdische Selbstverwaltung mit jüdischer Polizei gegeben werden. Die Bewachung der Grenzen zwischen dem Ghetto und der Aussenwelt ist Sache der Polizei.

- 3 -

Eine weitere Vermischung mit der übrigen Bevölkerung, z.B. durch Eheschliessung, geschäftliche Verbindungen u.dgl. ist zu vermeiden und zu verhindern.

4. Wirtschaftliche Betätigung.

Die Massnahmen, die der Ausscheidung des Judentums dienen, sind ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Belange durchzuführen.

Solange ^{noch} derartige Massnahmen noch nicht ^{angestrichen} durchgeführt sind, ist eine Betätigung der Juden in öffentlichen Berufen und im Handel ausgeschlossen. Die Juden sind unter Aufsicht zu produktiver, weitgehend körperlicher Arbeit heranzuziehen (Strassen-, Eisenbahn-, Kanalbau, Landwirtschaft usw.). Jüdische Fabrikarbeiter, Handarbeiter und Heimarbeiter können ihrer Beschäftigung weiter nachgehen; dabei ist jedoch eine Zusammenfassung in rein jüdische Betriebe unter Aufsicht der Zivilverwaltung anzustreben. Wo jüdische Landwirtschaftsbetriebe (z.B. Kollektive) vorhanden sein sollten, haben diese unter straffer Aufsicht ihre Arbeit fortzusetzen.

Das gesamte jüdische Vermögen ist anzumelden. Vermögensverschiebungen der Juden sind zu verhindern.

5. Kulturelle Betätigung.

Eine kulturelle Betätigung der Juden innerhalb der übrigen Bevölkerung kommt nicht in Betracht. Eine jüdische Presse ist nicht zuzulassen. ~~Das Schächten ist zu verbieten.~~

Absehrift.

Richtlinien.

für die Behandlung der Judenfrage.

1.) Allgemeines.

Die Zuständigkeit des mit der Beilösung der europäischen Judenfrage beauftragten Chefs der Sicherheitspolizei und des SD erstreckt sich auch auf die besetzten Ostgebiete. Dementsprechend sind die diesen nachgeordneten Dienststellen der Sicherheitspolizei für die Behandlung der Judenfrage in den besetzten Ostgebieten für ihren jeweiligen Bereich zuständig.

Das Judentum stellt in den einzelnen Reichskommissariaten und innerhalb dieser in den Generalkommissariaten einen sehr verschiedenen starken Anteil an der Gesamtbevölkerung. Z.B. leben in Weissruthenien und der Ukraine Millionen von Juden, die hier seit Generationen ansässig sind. In den zentralen Gebiet der UdSSR. dagegen sind die Juden zum weitaus größten Teil erst in der bolschewistischen Zeit zugezogen. Eine besondere Gruppe stellen die im Gefolge der Roten Armee 1939 und 1940 nach Ostpolen, der Westukraine, West- Weissruthenien, den baltischen Ländern, Bessarabien und Buchenland eingedrungene Sowjetjuden dar.

Alle Massnahmen zur Judenfrage in den besetzten Ostgebieten müssen unter dem Gesichtspunkt getroffen werden, dass die Judenfrage spätestens nach dem Kriege für ganz Europa generell gelöst werden wird. Sie sind daher als vorbereitende Teilmassnahmen anzulegen und bedürfen der Abstimmung mit den sonst auf diesem Gebiet getroffenen Entscheidungen. Dies gilt vorranglich für die Schaffung von sumindestens zeitweiligen Aufnahme-möglichkeiten für Juden aus dem Reichsgebiet.

Ein etwaiges Vorgehen der örtlichen Zivilbevölkerung gegen die Juden ist nicht zu hin-

dern

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USA Exhibit 272
Filed July 13, 1945

dem, soweit sich dies mit dem Gebot der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Rücken der kämpfenden Truppe vereinbaren lässt. Hauptsächlich sind Vergeltungsmassnahmen gegen Juden zu dulden, die in den letzten beiden Jahren in die von der Roten Armee neu besetzten Gebiete eingedrungen sind. Dem Vorgehen des Strassenpöbels und anderer dunkler Elemente, denen es nur auf die Plünderung jüdischer Geschäfte und Ausraubung des Judentums zu ihrer eigenen Bereicherung ankommt, ist jedoch scharf entgegenzutreten.

2.) Bestimmung des Begriffs "Jude".

Die befriedigende Lösung der Judenfrage setzt in erster Linie die Festlegung des Begriffs voraus, wer in den besetzten Ostgebieten als Jude zu gelten hat. Im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage und auf den starken Einfluss, den das Judentum auf die übrige russische Bevölkerung bis zum Einmarsch der deutschen Truppen ausgeübt hat und der sich auch gegenwärtig noch auswirkt, erscheint es sowohl vom politischen als auch von volkswirtschaftlichen Standpunkt gesehen notwendig, zur Verhinderung einer späteren Wiederverstärkung des Judentums der Begriff "Jude" möglich weit zu fassen.

Danach ist Jude, wer sich zur jüdischen Religionsgemeinschaft oder sonst als Jude bekannt oder bekannt hat oder dessen Zugehörigkeit zum Judentum sich aus sonstigen Umständen ergibt. Dem Juden wird gleichgestellt, wer einen Elternteil hat, der Jude im Sinne des vorhergehenden Satzes ist.

3.) Erfassung, Kennzeichnung, Aufhebung der Freizügigkeit und Absonderung.

Ein erstes Hauptziel der deutschen Massnahmen muss sein, das Judentum streng von der übrigen Bevölkerung abzusondern. Voraussetzung hierfür ist zunächst die restlose Erfassung der jüdischen Bevölkerung durch Einführung der Meldepflicht und sonstige geeignete Massnahmen. Das Sowjetjudentum

22
1-1

besonders in den Kurganischen der Jiddische, seit der bolschewistischen Revolution versucht, sich zu tunen, um unzufällig in besserer Stellung aufzufallen zu können. Der Jiddische Zweck haben zahlreiche Juden ihr mosaisches Bekenntnis aufgegeben und russische Parteiliche, Vor- und Väternamen angenommen. Es ist anzufragen, dass alle zu Lebzeiten des Soldatenpflichtigen oder sonst ihm bekannt, bei seinen Verfahren erfolgte Namensänderungen von Juden zu melden und rückgängig zu machen sind. Das gleiche gilt für frühere Austritte aus der mosaischen Kulturgemeinschaft und Übertritte (häufig mehrfache) zu anderen Bekenntnissen. Die Verschlagung der jüdischen Varnung wird in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine, wo ein grösserer Teil des Judentums seit Generationen ansässig ist, leichter sein als in den anderen Reichskommissariaten. Spezielles Archivmaterial ist, soweit erhalten, hierbei heranzuziehen.

Audem ist zuverfügen, die Kennzeichnung mittels eines stets sichtbar zu tragenden gelben Judensternes durchzuführen und sofort die Freizügigkeit für alle Juden aufzuheben. Eine Überführung in Ghettos unter gleichzeitiger Trennung der Geschlechter ist anzustreben. Das Vorhandensein zahlreicher mehr oder weniger geschlossener jüdischer Niederlassungen in Weissruthenien und in der Ukraine erleichtert diese Aufgabe. In übrigen sind hierfür Orte auszuwählen, die infolge vorliegender Arbeitsverhaben die völlige Ausnutzung der jüdischen Arbeitskraft ermöglichen. Diesen Ghettos kann unter Aufsicht eine jüdische Selbstverwaltung mit jüdischem Ordnungsdienst gegeben werden. Die Betretung der Grenzen zwischen dem Ghetto und der Aussenwelt ist jedoch Sache der Polizei.

Auch in den Fällen, in denen ein Ghetto noch nicht errichtet werden konnte, ist durch scharfe Verbote und sonstige geeignet erscheinende Massnahmen dafür

dafür Sorge zu tragen, dass es keine weitere blutdürstige Vermischung mit der übrigen Bevölkerung nicht mehr erfolgt.

4.) Beseitigung des jüdischen Einflusses auf politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gebiet.

Gleichlaufend mit den Massnahmen zur hastigen Trennung der Juden von der übrigen Bevölkerung ist alles Erforderliche in die Wege zu leiten, um jeglichen Einfluss des Judentums auf die russische Bevölkerung auszuschalten. Dies hat auf politischen und kulturellen Gebiet sofort zu geschehen, während in allen anderen Fällen darauf Bedacht zu nehmen ist, dass bei keiner wesentlichen Schädigung der allgemeinen Belange eintritt. Bei der durch den Krieg bedingten Vordringlichkeit der wirtschaftlichen Aufgaben in Osten gilt dies wesentlich bei allen Massnahmen, die die Volkswirtschaft betreffen.

Eine vollkommene Umschichtung des jüdischen Berufslebens, soweit es sich nicht um Handarbeiter handelt, zu ergreifen. Die Gruppe der Staatsangestellten, unter der Sowjetherrschaft mit die stärkste jüdische Berufsgruppe, verschwindet gänzlich. Ebenso sind die sonstigen Berufsgruppen aus dem öffentlichen Leben auszuscheiden, wobei sich jedoch das Tempo der Massnahmen den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen anpassen hat.

Mit Ausnahme dessen, was zur notwendigen Lebensführung benötigt wird, ist das gesamte jüdische Vermögen zu erfassen, zu beschlagnahmen und endgültig einzuziehen. Soweit es die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zulassen, ist den Juden in diesem Rahmen möglichst frühzeitig die Verfügungsgewalt über ihr Vermögen durch Anord-

END

zung der kommissarischen Verwaltung und sonstige
Ausnahmen zu entscheiden, damit Vermögensverschleu-
gen nach Möglichkeit hintangehalten werden.

Eine kulturelle Betätigung wird den Juden
völlig verboten werden. Hierzu gehört auch das
Verbot der jüdischen Presse, der jüdischen Thea-
ters und Schulwesens.

Das Schlachten ist gleichfalls zu unterbinden.

5.) Arbeitszwang.

Sowohl der gegenwärtig in den besetzten Ost-
gebieten herrschende Mangel an Arbeitskräften als
auch weltanschaulich-politische Erwägungen lassen
es als Forderung von grundlegender Bedeutung er-
scheinen, für sämtliche Juden den Arbeitszwang
einzuführen und sie zum geschlossenen Arbeitsein-
satz in schaffeter Form heranzuziehen. Dies hat
Zug um Zug mit der Ausschaltung der Juden aus ih-
rem bisherigen Berufsleben zu geschehen, wobei
eine Betätigung im bisherigen Beruf insoweit zu-
zulassen ist, als dies im Rahmen des Arbeitsein-
satzes notwendig ist. Im übrigen sind die jüdischen
Arbeitskräfte zu schwerer körperlicher Arbeit her-
anzuziehen.

[Massgebliches Gebot für den jüdischen Ar-
beitseinsatz wird allein die volle und unumschreib-
liche Inanspruchnahme der jüdischen Arbeitskraft
ohne irgendei ne Altersbegrenzung zum Wiederaufbau
der besetzten Ostgebiete sein.] Als Aufgaben, die
den Juden im geschlossenen Arbeitseinsatz zu über-
tragen sind, werden vor allem Straßen-, Eisenbahn-
und Kanalbau sowie Meliorationen usw. in Betracht
kommen. Auch eine Heranziehung zu landwirtschaftlichen
Arbeiten unter scharfer Aufsicht erscheint zu-
nächst angebracht. Gegen eine Verwendung der Juden

Für

für die Holz-, Strassbau-, Boden- und Bürsten-
herstellung u. dergl. innerhalb des Ghettos ist gleich-
falls, nichts einzuwenden.

Beim jüdischen Arbeitskräfte ist jedoch
stets zu beachten, dass die jüdische Arbeitskraft
nur in jenen Produktionszweigen eingesetzt wird,
die eine spätere, schnelle Abwicklung dieser Ar-
beitskräfte ohne erhebliche Störung vertragen
und eine Spezialisierung jüdischer Arbeiter aus-
schliessen. Auf jeden Fall ist zu verhindern, dass
jüdische Arbeiter in lebenswichtigen Produktions-
zweigen unentbehrlich werden.

(.) Verhältnisse.

Verhältnisse gegen deutsche Massnahmen, insbe-
sondere die Entziehung von Arbeitskraft, sind
bei Juden grundsätzlich mit der Todesstrafe zu
bedrohen. Für sind die Standgerichte auschliess-
lich zuständig.

212
5-6

FIIa

Stempel: unleserlich.
Der Reichsminister
für die besetzten Ostgebiete

Berlin W 35, den
Krauchstrasse 17/18
Fernsprecher: 27. April 1942
Drhtanschrift: Reichsminister Ost,
Postanschrift: Berlin W 35
Kurfürstenstrasse 134
Fernsprecher: 21 99 51

I 1 1 514 41

Es wird gebeten, dieses Ge-
schäftszeichen und den Gegen-
stand bei weiteren Schreiben
anzugeben.

Schnellbrief

G e h e i m !

Stempel: Geheim!

An

- a) den Herrn Reichsminister des Innern
- b) den Herrn Reichsminister der Justiz
- c) das Auswärtige Amt
- d) den Herrn Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern
- e) das Reichssicherheitshauptamt
- f) den Herrn Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
- g) das Oberkommando der Wehrmacht
- h) den Beauftragten für den Vierjahresplan
- i) den Leiter der Partei-Finanzlei

Stempel:
Auswärtiges Amt
D III 405 S
am 5. Mai 1942
Inl. (fach)
.....

nachrichtlich an

- a) den Herrn Reichskommissar für das Ostland,

R I S A

- b) den Herrn Reichskommissar für die Ukraine,

R o w n o

Betrifft: Verordnung betr. die Festimmung des Begriffs "Jude"

in den besetzten Ostgebieten.

Unter Bezugnahme auf die Besprechung vom 29. Januar

1942 übersende ich in der Anlage den neu gefassten Entwurf

einer Verordnung betr. die Festimmung des Begriffs "Jude"

in den besetzten Ostgebieten, den Entwurf eines hierzu vor-

geschienenen Ausführungserlasses sowie Protokoll der Sitzung

von 29. Januar 1942. Im Hinblick darauf, dass es mit den

Führungs- und Ehreitsrecht der Generalkommissare nicht zu

vereinbaren ist, die Entscheidungen über die Frage der Zu-

gehörigkeit zum Judentum angesichts ihres überwiegenden

politischen Charakters an die Kommandeure der Sicherheitspoli-

handschr.
Worte

sei und des SD zu binden, weiter aber auch die aus Par. 2 Abs. 1 der Verordnung auftauchenden Fragen zum Teil politisch weit uober die Judenfrage hinausgehen, erscheint es angebracht, die in der Sitzung von 29. Januar 1942 vorgeschlagene Fassung des Par. 2 Abs. 3 der Verordnung dahin zu aendern, dass in Zweifelsfaellen der Generalkommissar zu entscheiden hat. Die Bearbeitung der Entscheidungen erfolgt beim Generalkommissar durch den den rassapolitischen Referenten des Generalkommissars beigemordeten Referenten fuer Judenfragen, der auf Vorschlag des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD vom Generalkommissar bestollt wird, Damit duerften die Belange der Polizei gleichfalls gewahrt sein. Der Entwurf des Ausfuehrungserlasses ist dementsprechend abgeaendert worden.

Weiter erschien es notwendig, noch die in Par. 3 des anliegenden Verordnungsentwurfes vorgesehene Bestimmung aufzunehmen. Hierdurch wird durch eine demgemass in Entwurf des Ausfuehrungserlasses vorgesehene Bestimmung verhindert, dass die Bestimmungen des Par. 2 Abs. 2 der Verordnung auf Nichtjuden deutscher Staatsangehoerigkeit angewandt werden. Juedische Mischlinge deutscher Staatsangehoerigkeit fallen daher nicht unter die Bestimmung des Par. 2 Abs. 2 des Verordnungsentwurfes.

Ich darf Ihr Einverstaeundnis mit dem Entwurf annehmen, falls mir nicht bis zum 20. Mai 1942 eine gegenteilige Aeusserung zueht.

In Auftrag

gez. Dr. Leibbrandt.

beglaubigt
gez. Unterschrift (unleserl.)
Bureauangestellte

Der Reichsminister
für die besetzten Ostgebiete

Berlin W.35, den 1. Mai 1942
Rauhestrasse 17-18

FIIa

1 54 41

G e h e i m

Nur für den Dienstgebrauch

E r l a s s

betr. Bestimmung des Begriffs "Jude" in den besetzten Ostgebieten.

Auf Grund des Par. 3 der Verordnung betr. Bestimmung des Begriffs "Jude" in den besetzten Ostgebieten vom Mai 1942 - Verordnungsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete Seite - wird be-
stimmt:

I. Die in Par. 2 der Verordnung betr. Bestimmung des Begriffs "Jude"

in den besetzten Ostgebieten vom Mai 1942 vorgesehene Regelung
des Begriffs "Jude" gilt ihrem Wortlaut nach für alle Juden,
die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in den besetz-
ten Ostgebieten haben. In einzelnen Bemerkungen hierzu folgendes:

a) Die Begriffsbestimmung Jude gilt auch für Staatenlose und Per-
sonen ausländischer Staatsangehörigkeit. Sie gilt also insbeson-
dere für Personen, die keine andere als die ehemals sowjetische
oder polnische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Begriffsbestim-
mung ist jedoch für Juden ausländischer Staatsangehörigkeit zu-
nächst nur auf Personen anzuwenden, die die rumänische, slowaki-
sche oder kroatische Staatsangehörigkeit besitzen. In übrigen
ist bis auf weitere Weisung von der Anwendung des Judenbegriffs
auf ausländische Staatsangehörige abzusehen.

b) Juden aus dem Generalgouvernement sowie solche, die die Protek-
toratsangehörigkeit besitzen, fallen gleichfalls unter die Be-
griffsbestimmung.

c) Das gleiche gilt auch für die Juden, die bisher die deutsche
Staatsangehörigkeit besaßen und aus dem Reichsgebiet in die be-
setzten Ostgebiete oder in das Generalgouvernement evakuiert
worden sind. Sie haben gemäss Par. 2 Buchst. b, Par. 13 der 11.
Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 - RG Fl. I

3.722 ff. in Verbindung mit dem Erlass des Reichsministers des Innern vom 3. Dezember 1941 - I a 5545/41 - 5013 - mit der Verleugung ihres gewöhnlichen Aufenthaltes in die besetzten Ostgebiete oder in das Generalgouvernement die deutsche Staatsangehörigkeit verloren und sind damit staatenlos.

d) Für Juden, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verloren haben, weil sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht in den besetzten Ostgebieten haben, - diese Fälle werden sehr wenig vorkommen - gelten nach wie vor die Begriffsbestimmungen der Nürnberger Gesetze.

Nach den Vorschriften der Nürnberger Gesetze (Par. 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 - RG Bl. I S. 1333 -) ist Jude:

1. wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Grosseltern abstammt, wobei gemäss Par. 2 Abs. 2 der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 ein Grosselternteil ohne weiteres als volljüdisch gilt, wenn er, und wenn auch nur für ganz kurze Zeit, jemals der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat;

2. der von zwei volljüdischen Grosseltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling,

- a) der am 16.9.1935 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird,
- b) der am 16.9.1935 mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet,
- c) der aus einer Ehe mit einem Juden stammt, die nach dem 17.9.1935 geschlossen ist,
- d) der aus dem ausserheirlichen Verkehr mit einem Juden im Sinn des Abs. 1 stammt und nach dem 31.7.1936 ausserheirlich geboren wird.

e) Juden, die in den besetzten Ostgebieten in einer Mischehe mit Nichtjuden leben, fallen ohne Rücksicht hierauf unter die Bestimmung des Begriffs "Jude" in den besetzten Ostgebieten.

f) Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, nehmen sich vor der Begriffsbestimmung des Par. 2 Abs. 2 der Verordnung betr. Bestimmung des Begriffs "Jude" in den besetzten Ostgebieten aus. Die Frage, inwieweit solche Personen als Jude zu gel-

ten haben, bestimmt sich ausschliesslich nach den Wienerberger Gesetzen. Insbesondere sind staatsangehörige jüdische Mischlinge nur insoweit als Juden anzusehen, als dies die Bestimmungen des Par. 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz von 14. November 1935 - RG Bl. I S. 1333 - vorsehen.

II. Nach Par. 2 Abs. 1 der Verordnung betr. Bestimmung des Begriffs "Jude" in den besetzten Ostgebieten vom Mai 1942 - V Bl. R.O. S.) ist Jude,

a) wer sich zur jüdischen Religionsgemeinschaft oder sonst als Jude bekennt oder bekunnt hat,

b) wessen Zugehörigkeit zum Judentum sich aus sonstigen Umständen ergibt.

Dem Juden wird nach Abs. 2 gleichgestellt

c) wer einen Elternteil hat, der Jude im Sinne des Abs. 1 der genannten Verordnung ist.

Zu a)

In diesen Falle kommen Ermittlungen ueber die rassische Zugehörigkeit des Betroffenen nicht in Betracht. Es ist vielmehr stets davon auszugehen, dass jeder, der sich in den besetzten Ostgebieten zur jüdischen Religionsgemeinschaft oder als Jude bekennt oder auch nur fuer kurze Zeit bekennt hat, rassenmässig Jude ist.

Ein Bekenntnis zur jüdischen Religionsgemeinschaft ist dabei nicht nur gegeben, wenn der Betroffene sich ausdruecklich als Angehöriger der jüdischen Religionsgemeinschaft bezeichnet oder fruher einmal bezeichnet hat, vielmehr genuegt auch das Vorliegen von bestimmten Tatsachen, die ein derartiges Bekenntnis des Betroffenen zur jüdischen Religionsgemeinschaft erkennen lassen. Wenn Urkunden vorgelegt oder ermittelt werden koennen, aus denen sich die Zugehörigkeit des Betroffenen zur jüdischen Religionsgemeinschaft ergibt, so ist damit der Betroffene als Jude anzusehen. Da aber offensichtlich ein derartiger urkundenmässiger Nachweis nur schwer gefuehrt werden kann, muss ein Bekenntnis zur jüdischen Religionsgemeinschaft oder zum Judentum aus anderen Umständen gefolgert werden. Ist der Betroffene z.B. in irgendwelchen Listen einer jüdischen Synagogengemeinschaft ge-

führt worden oder hat er juedische Schulen besucht, so reicht dies aus, darin ein Bekenntnis zur juedischen Religionsgemeinschaft, zum mindesten zum Judentum zu erblicken. Auch die Beschneidung wird in den westrussischen Gebieten in allgemeinen als ein derartiges Bekenntnis zur juedischen Religionsgemeinschaft zu werten sein. In den Gegenden allerdings, in denen Mohamedaner vorhanden sind, wird man auf die Beschneidung allein die Juden-igenschaft des Betroffenen nicht stuetzen koennen. Hier muessen noch andere Umstaende, wie z.B. Vor- und Familienname des Betroffenen und seiner Angehoerigen, Herkunft, das aeuessere Erscheinungsbild des Betroffenen und seiner Angehoerigen und dergleichen hinzutreten, um zu einer Entscheidung zu kommen. Dabei ist wiederum zu beachten, dass in den Gegenden, in denen vorderasiatischer Rassenanschlag auch bei der nichtjuedischen Bevoelkerung erheblich ist, wie z.B. im Kaukasus, auch auf das aeuessere Erscheinungsbild des Betroffenen kein entscheidendes Gewicht gelegt werden kann.

Zu b)

Bei Personen, die in Reichsgebiet als Juden behandelt worden sind, kann ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass sie Juden sind. Im uebrigen wird es in den besetzten Ostgebieten in vielen Faellen so sein, dass ein Bekenntnis zur Juedischen Religionsgemeinschaft oder zum Judentum nicht festgestellt werden kann. Hierbei ist insbesondere an die Gebiete zu denken, in die die juedische Einwanderung erst vor verhaeltnissaessig kurzer Zeit erfolgt ist, wie z.B. das eigentliche russische Gebiet und Sibirien. Hier haben sich Synagogengemeinden noch nicht in dem Masse verbreitet, wie in Litauen, Lettland, Weissruthenien und in der Ukraine. Weiter handelt es sich hier groesstenteils auch um solche Juden, die als Parteifunktionaere und ueberzeugte Kommunisten in das eigentliche Russland hineingingen und die infolgedessen nicht Angehoerige der juedischen Religionsgemeinschaft waren. Wenn hier eine Beschneidung nicht festgestellt werden kann, auch ein eigenes Bekenntnis des Betroffenen zum Judentum nicht vorliegt, ist die Zugehoerigkeit zum Judentum durch genaue Feststellung der Namen, insbesondere auch der fruheren Namen des Betroffenen und seiner Familienangehoerigen, durch Ermittlungen ueber seinen Schulbesuch und dergleichen festzustellen. Hierbei duerfte zweckmaessig sein, auch nach alten Inessen zu forschen, da in den Inessen gewoehnlich ein Konfessi-

onswechsel vermerkt war. Wesentlich ist unter Umständen auch das
 aussere Erscheinungsbild des Betroffenen. In den Juden ist das vor-
 derasiatisch-orientalische Massenelement vorherrschend. Hierzu kommen
 aber alle möglichen Massenbestandteile, so dass unter den Juden häufig
 Typen auftreten, die artfremde, vorderasiatisch-orientalische bedingte
 juedische Massenelemente nicht ohne weiteres erkennen lassen. Wenn
 hier Umstände vorliegen, die fuer sich allein genommen nicht ausrei-
 chen, um den Betroffenen als Juden festzustellen, wird eine erb- und
 rassenkundliche Begutachtung in vielen Faellen zu einem einwandfreien
 Ergebnis fuehren. In Gegenden, in denen vorderasiatischer Blutein-
 schlag auch bei der nichtjuedischen Bevölkerung vorkommt, ist in den
 Faellen, wo das aussere Erscheinungsbild auf juedischen Bluteinschlag
 hindeutet, besonders vorsichtig zu verfahren. Es muessen hier andere
 Umstände, die auf eine juedische Abstammung schliessen lassen, beson-
 ders sorgfaeltig ermittelt werden. Wenn z.B. Familienangehoerige des
 Betroffenen sich zur juedischen Religionsgemeinschaft oder sonst als
 Jude ausdruoecklich bekannt haben, oder wenn sie juedische Namen fuehren,
 wird man hier zur Bejahung der Judeeigenschaft des Betroffenen kom-
 men.

Zu c)

Dieser Fall stellt auf die juedische Abstammung eines Elternteiles ab.
 In den besetzten Ostgebieten galten nach dieser Regelung damit nicht
 nur die rassennrassigen Volljuden, sondern auch die juedischen Mischlin-
 ge 1. Grades (Halbjuden) als Juden. Juedische Mischlinge 1. Grades (Halb-
 juden) sind rassistisch ebenso unerwünscht wie Volljuden. Gerade in Hin-
 blick darauf, dass es sich bei den in den besetzten Ostgebieten vor-
 handenen juedischen Mischlingen um fremdvoelkische juedische Mischlinge
 handelt, bei denen ein deutscher Bluteinschlag nicht in Betracht
 kommt, ist die Gleichstellung dieser Mischlinge 1. Grades mit den
 rassennrassigen Volljuden erfolgt. Die Feststellung, ob ein Elternteil
 Jude gewesen ist, wird in der Regel, insbesondere wenn ein urkunden-
 massiger Nachweis nicht gefuehrt werden kann, auf die Angaben der Be-
 teiligten gestuetzt werden koennen. Wenn der Betroffene, dessen Juden-
 eigenschaft festgestellt werden soll, erkluert, dass sein Vater oder
 seine Mutter Jude gewesen seien, so reicht dies aus, die Voraus-
 setzungen des Art. 2 Abs. 1 der Verordnung als gegeben anzusehen.

III. Nach Par. 2 Abs. 3 der Verordnung betr. Bestimmung des Begriffs "Jude" in den besetzten Ostgebieten vom Mai 1942 entscheidet in Zweifelsfällen der Generalkommissar mit allgemein bindender Wirkung. Die Bearbeitung der einzelnen Fälle in der Dienststelle des Generalkommissars erfolgt durch die dem rassenpolitischen Referenten beizugeordneten Referenten fuer Judenfragen, die nach Vorschlag des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD vom Generalkommissar bestellt werden. In den Fällen, in denen die Judenangehörigkeit des Betroffenen ohne weiteres klar ist, ist eine Entscheidung des Generalkommissars nicht erforderlich. Die Fälle, in denen das äussere Erscheinungsbild des Betroffenen von erheblicher Bedeutung fuer die Entscheidung ist, sind stets dem Generalkommissar zuzuleiten, der gegebenenfalls eine erb- und rassenkundliche Begutachtung zu veranlassen hat.

Auf.: LR Badenacher

VK Meiler

zu D III 405 E

7 II a

V o r m e r k

Der Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete legt Entwurf einer Verordnung, betreffend Festimmung des Begriffes "Jude" in den besetzten Ostgebieten vor. Die nunmehr auf Grund einer Ressortsbesprechung gewählte Fassung der Verordnung berücksichtigt die von dem Vertreter des auswärtigen Amtes (Referat D III) vorgebrachten Bedenken gegen die Einbeziehung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in die erwähnte Verordnung. In einem geheimen Rundschreiben sind die zuständigen Stellen angewiesen worden, die geplanten Judenmassnahmen nur auf Juden ausländischer Staatsangehörigkeit anzuwenden, die die rumänische, slowakische oder kroatische Staatsangehörigkeit besitzen. Hierfür liegt auf Grund von Absprachen mit den betreffenden Regierungen das Einverständnis dieser Länder vor. In uebrigen ist angeordnet worden, von dieser Anwendung des Judenbegriffs auf ausländische Staatsangehörige juedischer Rasse bis auf weitere Weisung abzusehen.

Das genannte Ministerium wird das Einverständnis des auswärtigen Amtes mit dem Entwurf annehmen, falls nicht bis zum 20. Mai d. Js. eine gegenteilige Aeusserung vorliegt.

Berlin, den 11. Mai 1942

gez. Unterschrift
Badenacher

Handschr. : unleserlich

zu ID III 405 g

Hiermit

Sofort! (handschr.)

neher Herrn Unterstaatssekretär LUTHER handschr. : unleserlich
Handzeichen 14/5

Herrn Unterstaatssekretär GLUS handschr. 14/5

Herrn Unterstaatssekretär WOLFF handschr. : unleserl.

dem Herrn Staatssekretär von WEIZSÄCKER

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Handschr. Vermerk unleserlich.

gez. Unterschrift (Arlic)
Ladenachor

Geheim.

Geheim.

1.)

Aktenvermerk.

Betr.: Gegenbesuch Ministerialdirektor Dr. R u n d e.

Bei seinem Besuch sprach Min.Dir. Dr. R u n d e von einigen Erlassen und Entwürfen zu solchen, die bei Reichsführer-~~4~~ oder bei den verschiedenen Hauptämtern noch unerledigt liegen würden und deren Herausgabe nun dringend notwendig geworden sei:

1. Die Verordnung betr. Bestimmung des Begriffs "Jude" in den besetzten Ostgebieten und die Fassung der Ausführungsbestimmungen gem. dem Wunsche des Reichsleiters Rosenberg (Anlage 1 und Anlage 2).
2. Das Gesetz über die Ehegesetzgebung. Min.Dir. Dr. Runde führte hierbei aus, dass dieser Erlass nun dringend herauskommen solle und dass er jederzeit bereit sei, Änderungen anzuordnen. Die Hauptsache sei aber, dass die Angelegenheit einmal laufen würde.
3. Min.Dir. Dr. Runde bittet um die Abgabe des ~~4~~-Oberführer S c h ö n g a r t h, Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Krakau. Er möchte Schöngarth zu seinem Vertreter im Amt machen in der Dienststellung eines Ministerialdirigenten. Ich halte diese Lösung für überaus günstig.
4. Min.Dir. Dr. Runde schlägt vor, nach Eingang des Protokolls eine grosse gemeinsame Besprechung mit den Sachbearbeitern der Hauptämter Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei abzuhalten, um zu einem grossen gemeinsamen Rahmenerlass zu kommen.

G. Runde
~~4~~-Gruppenführer

2.) Nachrichtlich an:

Reichsführer-~~4~~,
Chef des Hauptamtes Ordnungspolizei
X Chef des Sicherheitshauptamtes ~~II~~ 20
Chef des Stabhauptamtes.

21.7.42

Persönlicher Stab Reichsführer- 4	
20. JULI 1942	Anlagen:
Taub.-Nr. 1279/40	-2-
Zu: <i>VF</i>	

027

A b s c h r i f t.

Der Reichsminister für die
besetzten Ostgebiete

Berlin W 35, d.
Rauchstr. 17-18

G e h e i m.

E n t w u r f.

Verordnung betr. Bestimmung des Begriffs "Jude"
in den besetzten Ostgebieten vom Mai 1942.

Auf Grund des § 8 des Erlasses des Führers über die Verwaltung
der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941 verordne ich:

§ 1.

Der Begriff "Jude" wird für Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhn-
lichen Aufenthalt in den besetzten Ostgebieten haben, nach Massgabe
des § 2 bestimmt.

§ 2.

- (1) Jude ist, wer sich zur jüdischen Religionsgemeinschaft bekennt
oder bekannt hat oder wessen Zugehörigkeit zum Judentum sich aus
sonstigen Umständen ergibt.
- (2) Dem Juden wird gleichgestellt, wer einen Elternteil hat, der
Jude im Sinne des Abs. 1 ist.
- (3) In Zweifelsfällen entscheidet der Generalkommissar mit allge-
mein bindender Wirkung.

§ 3.

Der Erlass ergänzender Vorschriften im Verordnungs- oder Verwaltungs-
wege bleibt vorbehalten.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1942 in Kraft.

Berlin, den Mai 1942

Der Reichsminister
für die besetzten Ostgebiete.

028

Fassung gemäss dem Wunsch des Herrn Ministers:

Nach § 2 Abs. 3 der Verordnung betr. Bestimmung des Begriffs "Jude" in den besetzten Ostgebieten vom Mai 1942 entscheidet in Zweifelsfällen der Generalkommissar mit allgemein bindender Wirkung. Die Bearbeitung der einzelnen Fälle in der Dienststelle des Generalkommissars erfolgt durch die dem rassenpolitischen Referenten beigeordneten Referenten für Judenfragen, die nach Vorschlag des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD vom Generalkommissar bestellt werden. In den Fällen, in denen die Judeeneigenschaft des Betreffenden ohne weiteres klar ist, ist eine Entscheidung des Generalkommissars nicht erforderlich. Die Fälle, in denen das äussere Erscheinungsbild des Betreffenden von erheblicher Bedeutung für die Entscheidung ist, sind stets dem Generalkommissar zuzuleiten, der gegebenenfalls eine erb- und rassenkundliche Begutachtung zu veranlassen hat.

1029

1.)

Ob.-Neg.-Rat Bilfinger int. 716 -

B 22/2

In der VO. betr. Bestimmung des Begriffs "Jude" ist mit dem Ostministerium noch keine Einigkeit erzielt worden. Das Ostministerium will ein besonderes Referat für Rassefragen einsetzen. Die S.-Pol steht auf dem Standpunkt, daß die Entscheidung, ob Jude oder Nichtjude nur von der Polizei herbeigeführt werden kann. Termin ist unbestimmt.

2.)

Die VO. über die Ehegesetzgebung wurde bereits von RFM unterschrieben. Z.Zt. ist der Durchführungserlaß noch in Bearbeitung. Anfang August erfolgt Veröffentlichung.

Falsch Rechtskommission für die Festlegung
deutscher Volkstümlichkeit.

U. 22/2

026

R.M.f.V.u.P.

Berlin, den 17 August 1942

R-1422/8.7.42/715-14,5.

Ref.: Ass. Wagner

Ass. Hötte

Occ E 1-14

1.)

Vermerk.

Die Einführung von Reichsrecht in den eingegliederten Ostgebieten liegt nach § 8 des Führererlasses vom 8. Oktober 1939 dem Reichsminister des Innern ob unter Beteiligung des zuständigen Reichsministers. Die Einführung des Symbolchutzgesetzes in den Ostgebieten hätte demzufolge im Gegensatz zur Einführung in Österreich, im Sudetengau und im Protektorat durch das Reichsministerium des Innern unter Beteiligung des Propagandaministeriums zu erfolgen.

Eine fernmündliche Rücksprache beim Reichsministerium des Innern (Amtsrat Heiland) ergab, daß das Symbolchutzgesetz federführend vom Reichssicherheitshauptamt bearbeitet wird (ORR Neithem). Eine Anfrage bei ORR Neithem hatte zum Ergebnis, daß er um Überlassung des Schreibens des Reichsstatthalters im Warthegau bat, um prüfen zu können, warum das Symbolchutzgesetz in den eingegliederten Ostgebieten noch nicht eingeführt ist und ob es zur Zeit eingeführt werden kann. Das Ministerium soll bei der Einführung beteiligt werden.

+++

+++

2.)

An

das Reichssicherheitshauptamt,

Abteilung II A 2,

Berlin.

Betr.: Einführung des Symbolchutzgesetzes
in den eingegliederten Ostgebieten.

Bezug: Ohne.

Gef. 17.8.42
17 AUG 1942
2. Gef. 17.8.42
2. Gef. 17.8.42
M. Hötte

In Verfolg des Ferngesprächs zwischen Oberregierungsrat Neithem und Assessor Hötte vom 15. August wird in der Anlage das Schreiben des Reichsstatthalters im Warthegau (X) mit der Bitte um Prüfung übersandt, ob das Gesetz nicht auch wie im übrigen Reichsgebiet in den eingegliederten Ostgebieten einzuführen ist. Um Beteiligung darf gebeten werden.

3.) Zdr.

Wieder vorgelegt. +++

I. A.

+++

Min. - Haupt - Reg.

W 30/8

31. 1. 43

W 30/8

10. 9. 42

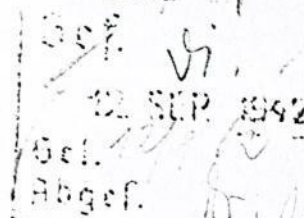
R.M.f.V.u.P.

Berlin, den 19. September 1942,

R 1422/8.7.42/715-14,5

Ref.: Ass. Wagner

Ass. Hötte



1. An das
Reichssicherheitshauptamt, Abt. II A 2,

B e r l i n .

Betrifft: Einführung des Symbolschutzgesetzes in den
eingegliederten Ostgebieten.

Bezug: Hiesiges Schreiben vom 17. August 1942.
- - - - -

Im Nachgang zum obengenannten ~~hiesigen~~ Schreiben vom
17. August 1942 wird um Mitteilung gebeten, ~~was~~ in der
(Zwischenzeit wegen der Einführung des Symbolschutzgesetzes
in den eingegliederten Ostgebieten ~~hat~~ veranlasst werden
können. Um ~~alsbaldige~~ Mitteilung ~~darf~~ gebeten werden.

2. Wv. 30.9.42

Wiederholung
20.9.42

I.A.

19

19.9.42

Berlin, den 17. September 1942

R.M.f.V.u.P.

R 1422/3.7.42/715-14,5

Ref.: Ass. Hötte i.V.

1. Vermerk:

Am 17. September 1942 rief RR. Zimberg vom Reichssicherheitshauptamt an und teilte mit, daß der Erlass zur Einführung des Symbolschutzgesetzes in den eingegliederten Ostgebieten bereits in Arbeit sei. Der Entwurf der Anordnung solle uns in ca. 8 Tagen zur Stellungnahme zugehen. Der Erlass der Anordnung werde jedoch, da noch zwei Reichsstatthalter und mehrere Gauleiter daran beteiligt seien, mindestens noch zwei Monate auf sich warten lassen.

2. Zur Frist 30. IX. 42.

Wieder vorgelegt.
Min. = Haupt - Höt.

30. 9. 42.
Mr

I.A.

1. 17. 42.
Höt

Handy. 10. IX. 42.

ble, 1. IX. 42.

J.G. Wieder vorgelegt.
Min. = Haupt - Höt.

M

Der Reichsminister Des Innern

Dol. S II A 2 Nr. 31 VII/42-214.
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 8. Oktober 1942.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ostverkehr 120040 ; Fernverkehr 126421

Reichsminister des Innern
5. Volksaufkl. u. Propaganda

10 OKT 1942

Anl.

An

- a) den Herrn Reichsminister für
Volksaufklärung und Propaganda
in B e r l i n,
- b) die Parteikanzlei
in M ü n c h e n,
- c) den Herrn Reichsminister der Justiz
in B e r l i n,

Sachrichtlich:

- d) dem Herrn Reichsstatthalter im Warthegau
in P o s e n,
- e) dem Herrn Reichsstatthalter in Danzig/Westpreußen,
in D a n z i g,
- f) dem Herrn Oberpräsidenten
in K ö n i g s b e r g,
- g) dem Herrn Oberpräsidenten
in K a t t o w i t z.

Betrifft: Verordnung zur Einführung der Gesetzgebung zum
Schutz der nationalen Symbole in den eingegliederten Ostgebieten.

Vorgang: zu a): Dortiges Schreiben vom 17.8.1942 -
R 1422/8.7.42/715-14,5.

zu d): Dortiges Schreiben an den Herrn Reichs-
minister für Volksaufklärung und Pro-
paganda vom 8.7.42 -

I/23

115/1-1/6

Anlage: -1-

Ich beabsichtige, die Gesetzgebung zum Schutz der
nationalen Symbole in den eingegliederten Ostgebieten
einzuführen, und bitte, dem anliegenden Verordnungsent-
wurf zuzustimmen.

Im Auftrage:
gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt:

Thürmer

Entwurf einer
Verordnung

zur Einführung der Gesetzgebung zum Schutz der
nationalen Symbole in den eingegliederten Ostgebieten.

Vom 1942.

Auf Grund des § 8 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8.10.1939 (Reichsgesetzblatt I S. 2042) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda verordnet:

§ 1

In den eingegliederten Ostgebieten gelten
das Gesetz zum Schutz der nationalen Symbole vom
19. Mai 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 285),
die Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes vom
23. Mai 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 320),
die Polizeiverordnung gegen den Mißbrauch des
Badenweiler Marsches vom 17. Mai 1939
(Reichsgesetzblatt I S. 921),
die Polizeiverordnung zum Schutze der nationalen
Symbole und Lieder vom 5. Januar 1940
(Reichsgesetzblatt I S. 31)
und die hierzu ergangenen Durchführungs- und Ergänzungs-
bestimmungen.

§ 2

Die Verordnung tritt eine Woche nach ihrer
Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1942

Der Reichsminister des Innern
Im Auftrag

R.M.F.V.u.P.

Berlin, den

10. Oktober 1942.

R 1422/3.10.42/715-14,5.

Ref.: ORR Dr. von Botzheim

Ref. W10.12
20. OKT. 1942
Bst. 10.10.42
Ph. H. 10.10.

1.) An
den Herrn Reichsminister des Innern,
Berlin.

Betr.: Verordnung zur Einführung der Gesetz-
gebung zum Schutz der nationalen
Symbole in den eingegliederten Ost-
gebieten.

Auf das Schreiben vom 8. Oktober 1942
- Pol. S II A 2 Nr. 31VII/42-214 -.

Dem Entwurf der Verordnung zur Einführung der Gesetz-
gebung zum Schutz der nationalen Symbole in den eingegliederten Ostgebieten wird zugestimmt.

+++

+++

2.) Zgl.

I. A.

M 17/10 BK 16/10 Pro 13/10 R 13/10

Reg R

R 1422 mit 10.10.42

R 1606 mit 10.10.42 3/10

11/10

R.M.f.V.u.P.

R 1606/17.10.42/122-2,1

RR. Wagner

Berlin, den 29. Dezember 1942

1.) Auf den Eingang ist zu setzen:

"Einverstanden"

Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda.

2.) Wv. 30.1.43

Wieder vorgelegt.

Min. = Haupt - Reg.

I.A.

115-54

30.1.1. Tuck
15. 99

Am 27. 1. 43

zur Reg. Nr. 115-54

zur Reg. Nr. 115-54 R.

29.12.42
28. DEZ 1942
1. 29.1.43
1. 29.1.43
1. 29.1.43
1. 29.1.43

10.1.43
(Hauptreg.)
10.1.43
11.2.43
R

15/12
15/12
15/12
15/12